

ASP-Landesversammlung	18. Oktober 2014
Antrag Auf dem Weg zu einer stärkeren Stimme Europas	Beschluss: <input checked="" type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung
Antragsteller: Außen- und Sicherheitspolitischer Arbeitskreis (ASP)	

Der CSU-Parteitag möge beschließen:

Die CSU in Ihrer Gesamtheit und insbesondere die Mandatsträger der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und der CSU-Europagruppe im Europäischen Parlament werden aufgefordert, sich verstärkt folgenden europapolitischen Schwerpunkten zu widmen.

Die Weltbevölkerung wird nach der aktuellsten UN-Bevölkerungsprognose in den nächsten 50 Jahren auf über neun Milliarden Menschen anwachsen. Der Großteil des Zuwachses, ca. 95 Prozent, wird von Entwicklungsländern stammen, während der Anteil der Europäer an der Weltbevölkerung von 12 auf 6 Prozent schrumpfen wird. Vor diesem Hintergrund ist es umso wichtiger, dass wir Europas Stimme in der Welt stärken. Wir brauchen ein starkes, vereintes Europa als Friedens-, Wirtschafts- und Wertegemeinschaft. Dazu müssen wir heute die richtigen Entscheidungen treffen. Das gilt besonders für die Außen- und Wirtschaftspolitik, aber auch für die Forschungs- und Industriepolitik.

Die Europäische Union steht in den kommenden Jahren vor globalen Herausforderungen. Außenpolitische Herausforderungen wie die Krisen im Irak, in Syrien und in der Ukraine, der noch nicht gewonnene Kampf gegen die Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise sowie die steigende Anzahl an Migranten und Arbeitslosen in Europa erfordern, dass die EU mit einer erfolgreichen Reformagenda für die Zukunft Europas ausgestattet wird. Daher setzt sich die CSU in Europa für eine wertorientierte und interessengeleitete Außen- und Sicherheitspolitik sowie eine ausgeglichene Wirtschafts- und Finanzpolitik ein, die zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der EU führt und damit Europa auf einen Pfad von Wachstum und Beschäftigung zurückbringt. Nur wenn es gelingt, Europas Stimme in der Welt zu stärken, können wir das Vertrauen der Bürger zurückgewinnen.

Die Europäische Volkspartei hat die Europawahl 2014 klar für sich entschieden. Damit haben Europas Bürger eine eindeutige Richtungsentscheidung für ein Europa getroffen, das sich Stabilität, Wachstum und Subsidiarität verpflichtet fühlt. Diesen Gestaltungsanspruch gilt es nun in konkrete Politik umzusetzen.

Der neue Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat mit der neuen Struktur der Europäischen Kommission einige der zentralen Forderungen der CSU aufgegriffen. Die neue Kommission wird weniger Einzelressorts und durch die neuen Vizepräsidenten eine klarere Linie haben. Mit dem ersten Stellvertreter des Kommissionspräsidenten gibt es erstmals einen Kommissar für Fragen der besseren Rechtsetzung. Somit wird sichergestellt, dass jeder neue Gesetzesvorschlag auch tatsächlich notwendig und so bürokratiearm wie möglich ist. Die erfolgreichen Maßnahmen zu Entbürokratisierung der EU unter der Federführung von Edmund Stoiber werden damit fortgesetzt. Der deutsche Kommissar Günther Oettinger wird in der neuen Kommission das Ressort für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft übernehmen und damit wichtige Zukunftsentscheidungen zentral mitgestalten.

Begründung:

I. Außen- und Sicherheitspolitik

Die Europäische Union braucht eine gemeinsame, wertorientierte und interessengeleitete Außen- und Sicherheitspolitik. Wir setzen uns dafür ein, dass die globale Rolle Europas in der Welt gestärkt wird, die auf den Grundwerten der EU beruht, etwa der Förderung der Demokratie sowie der Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit. Wir wollen, dass Europa als Mitgestalter einer globalen Friedenspolitik und als Mittler in Konfliktsituationen wirkt, seiner humanitären Verantwortung gerecht wird und als zentraler Akteur in einem weltweiten Handelssystem agiert. Wir brauchen ein starkes Europa mit starken Partnern.

1. Europa als zentraler Akteur zur Friedenssicherung

Die Krise in der Ukraine hat gezeigt, dass Frieden und Freiheit in Europa keineswegs selbstverständlich sind und jeden Tag aufs Neue erstritten werden müssen. Die Entwicklungen in der Ukraine haben aber auch einmal mehr offengelegt, wie wichtig ein gemeinsames europäisches Vorgehen ist. Dabei hat sich gezeigt, dass Europa noch zu oft nicht mit einer Stimme spricht. Damit Europa seiner Rolle als Mittler in Konfliktsituationen gerecht wird, sind u.a. ein handlungsfähiger Europäischer Auswärtiger Dienst und eine entschlossene EU-Außenbeauftragte notwendig. Es bedarf zudem einer sorgfältigen Abstimmung mit den Mitgliedsstaaten, um ineffiziente Doppelstrukturen zu vermeiden.

Langfristig halten wir es für richtig, zu europäischen Verteidigungsstrukturen zu kommen. Auf dem Weg dorthin sollten Kooperationen im Bereich der Rüstung verstärkt und einheitliche europäische Standards für den Export von Dual-Use-Gütern entwickelt werden.

Besondere Schwerpunkte einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik müssen aus dem christlich-abendländischen Menschenbild hergeleitet werden. Dazu gehören der Einsatz für die Menschen-, Volksgruppen- und Minderheitenrechte, für das Recht auf Heimat, für Religionsfreiheit und den Schutz bedrängter Christen in aller Welt. Wir wollen den

interreligiösen und interkulturellen Dialog fördern, der der Konfliktvermeidung durch eine nachhaltige präventive Diplomatie dient. Wir wollen, dass Europa mit einer starken Stimme spricht, um als zentraler Akteur zur Friedenssicherung in der Welt zu dienen.

2. Humanitäre Verantwortung an den Außengrenzen Europas

Wir müssen unserer humanitären Verantwortung weltweit gerecht werden und uns dafür einsetzen, dass sich Flüchtlingsdramen an Europas Außengrenzen nicht wiederholen. Europa muss politischen Flüchtlingen und denjenigen Menschen, die vor Bürgerkriegen fliehen, Schutz bieten. Gleichzeitig müssen wir aber auch gegen Missbrauch vorgehen. Dazu braucht es einen ganzheitlichen Ansatz, der zuallererst dort ansetzt, wo die Probleme entstehen. Dazu müssen Entwicklungs-, Wirtschafts-, Sicherheits- und Handelspolitik wirksam ineinandergreifen. Die Europäische Union muss dabei noch stärker eine gute Regierungsführung in ihren Nachbarländern einfordern. Nur dann können Hilfen zielgerichtet wirken. Wenn Europa dazu beiträgt, die soziale und politische Situation in den Herkunftsländern zu verbessern, wird der Druck auf die europäischen Außengrenzen automatisch abnehmen. Gleichwohl müssen wir ein in vollem Umfang wirksames gemeinsames Asylsystem einrichten, dessen Standards und Verfahren von den Mitgliedstaaten schnellstmöglich umgesetzt werden müssen.

3. Beitrittsstopp in der Europäischen Union

Die geografischen und kulturellen Grenzen der EU müssen klar bestimmt werden. Nur so können wir sicherstellen, dass Europa handlungsfähig bleibt. Mit den Nachbarstaaten der Europäischen Union wollen wir enge freundschaftliche Beziehungen pflegen und einen Beitrag zur Stabilisierung dieser Regionen leisten. Seit 2004 hat die EU 13 Mitgliedsstaaten aufgenommen und damit eine gewaltige Integrationsleistung erbracht. Nun muss es um eine Vertiefung und Konsolidierung der Union statt um eine weitere Vergrößerung gehen. In den nächsten Jahren sollen daher keine neuen Mitgliedsstaaten aufgenommen werden. Der neue Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat diese Position der CSU in die politische Zielsetzung der Kommission übernommen.

Dies gilt auch für die Türkei, deren Beitritt in die EU wir ablehnen. Die Türkei ist ein wichtiger geostrategischer und wirtschaftlicher Partner und ein Verbündeter in der NATO, aber eine Vollmitgliedschaft eines derart großen Landes würde die Türkei genauso wie Europa überfordern. Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt deutlich, dass in der Türkei großer Handlungsbedarf in Bezug auf die Gewährleistung der Meinungs- und Pressefreiheit und der Einhaltung von Menschenrechten besteht. Auch aufgrund unterschiedlicher kultureller und historischer Wurzeln sind wir der Überzeugung, dass die Beitrittsverhandlungen beendet werden müssen. Wir setzen uns aber für eine privilegierte Partnerschaft ein, da wir dauerhaft eine stabile, demokratische Türkei als Freund und Nachbar wollen.

4. Transatlantische Partnerschaften und Freihandel

Wir treten für eine transatlantische Partnerschaft ein, die auf gegenseitigem Respekt beruht. Mit den USA und Kanada teilen wir gemeinsame Werte und gemeinsame Interessen.

Deswegen wollen wir eine transatlantische Partnerschaft auf Augenhöhe. Dazu gehören auch gute Wirtschaftsbeziehungen mit unseren Partnern. Wir streben ein möglichst offenes und faires weltweites Handelssystem an, um Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand in Europa zu fördern. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die laufenden Verhandlungen über strategische Partnerschaften und Assoziierungsabkommen. Freihandel ist jedoch kein Selbstzweck und jedes Abkommen muss daher individuell bewertet werden.

Wir setzen uns für das Handels- und Investitionsabkommen mit den Vereinigten Staaten (TTIP) und mit Kanada (CETA) ein, in dem die Wachstumsmöglichkeiten erschlossen und zugleich die europäischen Interessen gewahrt werden. Mit dem transatlantischen Freihandelsabkommen gibt es die einmalige Chance, dass zwischen den USA und der EU verbindliche Handels- und Verbraucherschutzstandards gesetzt werden, die über die Grenzen des transatlantischen Wirtschaftsraum zwischen Warschau und Los Angeles hinaus Wirkung entfalten können. Das Exportland Bayern wird davon besonders profitieren. Dabei müssen jedoch die hohen europäischen Standards in den Bereichen Verbraucher-, Umwelt-, Sozial-, Daten-, Tier- und Gesundheitsschutz, und bei der Lebensmittelsicherheit gewährleistet werden. Dies gilt besonders für den sensiblen Bereich der Landwirtschaft. Wir wollen verhindern, dass Genmais, Hormonfleisch oder chloriertes Hühnerfleisch durch die Hintertür auf den europäischen Markt gebracht werden.

Auf keinen Fall dürfen Freihandelsabkommen, wie TTIP oder CETA Entscheidungskompetenzen demokratisch legitimierter europäischer und nationaler Institutionen aufweichen. Daher lehnen wir auch eine Schiedsgerichtsklausel ab. In den hoch entwickelten Rechtssystemen, die es beiderseits des Atlantiks gibt, lässt sich der Schutz von Investitionen ausreichend über den Zugang zu nationalen Gerichten sicherstellen. Nur so ist gewährleistet, dass die Rechtsprechung in Europa auch nach europäischem Recht erfolgt.

Der beste Weg um die Akzeptanz für ein transatlantisches Freihandelsabkommen zu erhöhen sind transparente Verhandlungsabläufe. Um diese Transparenz herzustellen muss das Europäische Parlament und die breite Öffentlichkeit umfassend und regelmäßig über den Verhandlungsverlauf informiert werden.

II. Wirtschafts- und Finanzpolitik

Die Europäische Union ist der größte Wirtschaftsraum der Welt. Insbesondere Deutschland hat vom gemeinsamen Binnenmarkt und der gemeinsamen Währung enorm profitiert. Diese Errungenschaften müssen wir verteidigen und ausbauen. Wenn wir weiterhin Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze schaffen wollen, müssen wir dafür sorgen, dass Europa auch der wettbewerbsfähigste Wirtschaftsraum der Welt wird. Um die Krise an der Wurzel zu packen, bedarf es deshalb einer ambitionierten Reformagenda. Dazu braucht es eine glaubwürdige Haushaltspolitik, leistungsfähige Finanzmärkte und gute Rahmenbedingungen für Unternehmen.

1. Der Mittelstand als Herzstück der europäischen Wirtschaft

Ein wettbewerbsfähiges Europa braucht nicht nur ein funktionierendes Finanzmarkt- und Bankensystem, sondern vor allem einen starken Mittelstand. Über 99 Prozent der Unternehmen in der EU sind kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Sie schaffen über 60 Prozent aller neuen Arbeitsplätze und tragen in großem Umfang zum Wirtschaftswachstum bei. Der Mittelstand ist also das Herzstück der europäischen Wirtschaft. Mittelstands- und Unternehmerfreundlichkeit müssen daher zentrale Elemente europäischer Wirtschaftspolitik sein. Das Leitmotiv für die europäische Wirtschaftspolitik muss daher „Vorfahrt für KMU“ lauten.

Gerade viele mittelständische Unternehmen leiden unter zu vielen Vorschriften und Regulierungen. Daher brauchen wir bei jedem neuen Gesetz einen "KMU-Test", der sicherstellt, dass neue Gesetze keine neuen Hürden für kleine und mittlere Unternehmen mit sich bringen. Die wichtige Arbeit der von Edmund Stoiber geleiteten Expertenkommission zum Bürokratieabbau muss darüber hinaus unbedingt fortgesetzt werden.

Viele kleine und mittlere Unternehmen können nur deshalb nicht wachsen, weil es ihnen an Kapital fehlt und ihnen Investitionen unmöglich sind. Deswegen müssen wir den Zugang zu alternativen Finanzierungsquellen – vom Crowdfunding bis zur Kapitalmarktfinanzierung – erleichtern. Dazu müssen wir jetzt die richtigen Rahmenbedingungen gestalten.

2. Banken und – Finanzmarktregulierung in Europa

Die Krise hat eine Reihe von Schwächen in der Regulierung der Finanzmärkte aufgedeckt. Nichtsdestoweniger erfüllen transparente, effiziente und widerstandsfähige Finanzmärkte wichtige Funktionen für jede Volkswirtschaft. Die Krise hat gezeigt, dass wir dafür nicht allein auf die unsichtbare Hand des Marktes vertrauen können, sondern auch ein kluges Regelwerk auf den Finanzmärkten benötigen. In den vergangenen Jahren haben wir bereits große Fortschritte dabei erzielt, diese Defizite zu beheben. So haben wir gesamteuropäische Aufsichtsstrukturen geschaffen, den Hochfrequenzhandel und die Spekulation mit Lebensmitteln ausgebremst, Leerverkäufe verboten und den Handel mit Derivaten strenger reguliert. Hier gilt es in der neuen Legislaturperiode anzuknüpfen und insbesondere den Bereich der Schattenbanken klaren Regeln zu unterwerfen.

In den vergangenen Jahren haben wir mit strengen Eigenkapitalstandards, der gemeinsamen Bankenaufsicht, einheitlichen Regeln zur Abwicklung von Kreditinstituten und hohen Standards für die nationalen Einlagensicherungssysteme den Grundstein der europäischen Bankenunion gelegt. Um das Vertrauen in den Bankensektor in Europa wiederherzustellen und die Kreditklemme in vielen Mitgliedsstaaten der EU zu beenden, müssen die vereinbarten Regeln nun schnell und entschlossen umgesetzt werden.

3. Schuldenabbau in Europa und stabiler Euro

Die Krise, deren Auswirkungen wir noch immer erleben, ist im Kern keine Krise des Euros, sondern eine Staatsschulden- und Wettbewerbsfähigkeitskrise einzelner Mitgliedstaaten. Diese Probleme lassen sich weder mit geldpolitischen Maßnahmen noch mit schuldenfinanzierten Investitionen lösen. Wir kämpfen für eine Stabilitätsunion und gegen eine Schuldengemeinschaft in Europa. Dazu gehört einerseits eine Europäische Zentralbank, die unabhängig ist und die sich allein dem Ziel der Geldwertstabilität verpflichtet fühlt. Leider haben wir in den vergangenen Monaten gesehen, dass die EZB nicht mehr allein im Sinne dieses Ziels handelt. Eine Rückkehr zu einem Kurs der geldpolitischen Stabilität ist daher dringend geboten. Zu einer Stabilitätsunion gehört aber auch, dass jeder Mitgliedsstaat weiterhin allein für seine Schulden haftet. Daher lehnen wir jegliche Form der Vergemeinschaftung von Schulden ab. Das gilt für Eurobonds genauso wie für vergemeinschaftete Einlagensicherungssysteme.

Für uns ist die Grundlage einer verantwortlichen Wirtschaftspolitik eine verantwortungsvolle Haushaltsführung. Gleichzeitig müssen wir die Wettbewerbsfähigkeit Europas steigern und die strikte Einhaltung des neuen Stabilitäts- und Wachstumspakts einfordern. Dazu braucht es ein glaubwürdiges Sanktionsregime, das bei Verstößen auch zur Anwendung gebracht wird.

III. Strategische Forschungs- und Industriepolitik

Die CSU bekennt sich zu den Zielen der Strategie Europa 2020, die Europäische Union zur wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsregion der Welt zu machen. Um die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu stärken und auszubauen, müssen wir strategische Zukunftsinvestitionen in Forschung, Bildung und Innovationen tätigen und die Entwicklung des digitalen Binnenmarktes vorantreiben. Die Sicherheit im Internet und die Wahrung der Privatsphäre müssen dabei berücksichtigt werden. Durch eine leistungsfähige innovationsgetriebene Wirtschaft können wir langfristig erfolgreich sein und auch das Problem der Jugendarbeitslosigkeit angehen.

1. Entwicklung neuer Zukunftstechnologien

Forschung ist der Motor für Innovationen und Innovationen sind die Triebfedern unseres wirtschaftlichen Erfolges. Dieser ist Garant für unsere Arbeitsplätze in Bayern. Deshalb müssen wir Wissenschaft und Forschung nachhaltig fördern, weil wir nur dann unseren wirtschaftlichen Wohlstand dauerhaft sichern können. Bayern gehört in Deutschland und Europa zu einem der führenden Forschungsstandorte. Diese Stellung müssen wir beibehalten und weiter ausbauen. Insbesondere Zukunftstechnologien wie die Elektromobilität, die Speicherung von Elektrizität oder Innovationen im Bereich Ressourceneffizienz oder Informations- und Kommunikationstechnik gilt es zu stärken. Wir wollen auch von anderen Nationen wie den USA oder Russland unabhängiger in der Satellitenkommunikation werden, indem wir das europäische Satellitennavigationssystem Galileo zügig aufbauen.

2. Digitaler Binnenmarkt in Europa

In einem Zeitalter, in dem die Digitalisierung des Alltags unaufhörlich voranschreitet, wollen wir die Entwicklung eines digitalen Binnenmarkts fördern. Hierbei ist die digitale Agenda als eine der sieben Säulen der Strategie Europa 2020 eine wegweisende Zukunftsvision. Wir sind überzeugt davon, dass Europa über das Potenzial verfügt, auf dem digitalen Markt eine weltweite Spitzenposition einzunehmen und wir wollen Europa für den Weg in die wissensbasierte Ökonomie fit machen. Dazu braucht es eine starke europäische Strategie für die Sicherheit im Internet und gegen die Verletzung der Privatsphäre.

Unser Ziel ist der Aufbau und die Entwicklung einer eigenen IT-Sicherheitsindustrie in Europa, da Europa eigene Fähigkeiten zum Schutz von IT-Infrastrukturen vor Kriminalität und Terrorismus, aber auch vor Ausspähung durch andere Staaten benötigt. Wir wollen Cyber-Kriminalität effektiv bekämpfen, kritische IT-Infrastruktur schützen und gemeinsame Standards für das Cloud-Computing entwickeln. Um unabhängiger von einigen wenigen amerikanischen Dienstleistern zu werden, wollen wir die Entwicklung einer eigenen leistungsfähigen europäischen IT-Infrastruktur vorantreiben.

3. Schutz von Daten und geistigem Eigentum

Wir nehmen das Recht der Bürger auf informationelle Selbstbestimmung ernst und wollen den gläsernen Menschen verhindern. Deshalb sind wir für eine effektive europäische Datenschutzverordnung, die sowohl die Persönlichkeitsrechte der Menschen in Europa als auch sensible Informationen von Wirtschaftsunternehmen angemessen schützt und den neuen technischen Entwicklungen gerecht wird. Dabei setzen wir uns für praktikable Regelungen ein, damit Datenschutzstandards auch von kleinen und mittleren Unternehmen erfüllt werden können. Beim Datenschutz sind Kontext und Differenzierung wichtig: Weltweit tätige Internetunternehmen müssen anders reguliert werden als regionale Handwerksbetriebe, die einen Kundenregister führen.

Auch der Schutz von geistigem Eigentum lässt sich nur auf europäischer Ebene sicherstellen. Das Europäische Patentsystem, das Inhabern von Europäischen Patenten die Möglichkeit gibt, für ihre Patente einheitliche Wirkung in ganz Europa zu beantragen, ist ein wichtiger erster Schritt. Gerade kleine und mittlere Unternehmen werden von dieser besseren Möglichkeit des Patentschutzes profitieren. In Zukunft müssen wir den Schutz von geistigem Eigentum im Rahmen von internationalen Abkommen weiter vorantreiben und erleichtern.

IV. Starke Regionen für ein starkes Europa

Die Unabhängigkeitsbestrebungen in Schottland und Katalonien zeigen ganz deutlich, dass überregionale Strukturen nur dann Akzeptanz finden, wenn regionale Entscheidungsspielräume erhalten bleiben. Dies gilt besonders für die Bereiche Bildung, Steuern, Familien- und Sozialpolitik sowie die Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge, die weiterhin außerhalb des europäischen Regelungsbereichs verbleiben müssen. Nur wenn der Subsidiaritätsgrundsatz bei der europäischen Gesetzgebung höchste Beachtung findet, wird die Europäische Union langfristig Akzeptanz bei den Bürgern finden. Deswegen ist unser Leitmodell ein starkes Europa der Regionen, das einerseits entschlossen bei den großen Fragen und andererseits möglichst bürgernah ist.